

Niederschrift über die Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 30.11.2010

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 18:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Kammeier
Frau Niederfranke
Frau Osthus
Herr Schön
Herr Weber

SPD

Herr Garbrecht
Frau Gündogdu
Herr Kaufmann
Frau Schneider
Frau Schrader

Vorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage

BfB

Frau Cascante-Maristany

(bis 18.20 Uhr)

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Dogan-Alagöz
Herr Winkelmann

Integrationsrat
Beirat für Behindertenfragen

(bis 17.55 Uhr)

Gäste

Herr Radloff

Arbeitsplus in Bielefeld
GmbH

Herr Richter

Agentur für Arbeit

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
 Beigeordnete Frau Ritschel
 Frau Schulz

Herr Wörmann
 Herr Feix
 Frau Kleiner

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
 Dezernat 3
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Stab Dezernat 5
 Stab Dezernat 5
 Stab Dezernat 3

Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Garbrecht begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

Er teilt mit, dass die interfraktionelle Arbeitsgruppe (AG) des SGA die Beschlussvorlagen 1765/2009-2014 und 1760/2009-2014 ausführlich diskutiert habe. Auf Wunsch aller Fraktionen würden die Vorlagen in dieser Sitzung nur in erster Lesung behandelt. Am Montag, den 06.12.2010 sei ein gemeinsames Gespräch aller Fraktionsvorsitzenden vereinbart. Für die endgültige Beschlussfassung sei eine SGA-Sondersitzung am 16.12.2010, direkt vor der Ratssitzung, geplant.

Zu Punkt 1

**Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II:
 (1) Vorbereitung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung durch
 die Stadt Bielefeld und die Agentur für Arbeit Bielefeld in einer ge-
 meinsamen Einrichtung - Jobcenter Arbeitplus Bielefeld für / ab
 2011 (2) Auflösung der Arbeitsgemeinschaft Arbeitplus in Bielefeld
 GmbH**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1765/2009-2014

Beigeordneter Herr Kähler erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage und erläutert u. a. die rechtliche Grundlage für die ab 01.01.2011 bestehende gemeinsame Einrichtung „Jobcenter Arbeitplus Bielefeld“. Er weist darauf hin, dass die gemeinsame Einrichtung ab 2012 den gesetzlich vorgesehenen Regelfall darstelle, soweit nicht die Option gewählt würde.

Vorsitzender Herr Garbrecht weist nach einer Anmerkung von Herrn Richter darauf hin, dass in der AG umfangreich über den Inhalt der Vorlage berichtet und diskutiert worden sei. Die Regelungen über Trägerversammlung und Geschäftsführer seien entsprechend der gesetzlichen Vorgaben für gemeinsame Einrichtungen vorbereitet worden. Über eine endgültige Regelung sollte erst entschieden werden, wenn die Entschei-

derung der Fraktionen, ob die Stadt Bielefeld die Aufgaben nach SGB II als Optionskommune wahrnehme, feststehe.

Beigeordneter Herr Kähler teilt mit, dass die Regelungen über

- die Stellung des Geschäftsführers,
- den Vorsitz der Trägerversammlung und dessen Entscheidungsbefugnis und
- die Entscheidungsbefugnis der Trägerversammlung

bereits eindeutig dem SGB II n.F. zu entnehmen sind. Sollte es gewünscht sein, würde er diese Regelungen in der Vorlage auch nochmals aufführen. Die Vertretungs- und Zeichnungsbefugnisse der stellvertretenden Geschäftsführer sollten intern geregelt werden.

Getrennte Abschlüsse von Zielvereinbarungen zwischen der BA und der Stadt mit der Geschäftsführung der gemeinsamen Einrichtung bewerten Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Osthus, Herr Weber und Herr Buschmann für die Erreichung der örtlichen Ziele als nicht geeignet. Frau Osthus, Herr Weber und Herr Buschmann favorisieren die bisherigen gemeinsamen Vereinbarungen. Frau Rathsmann-Kronshage fordert dazu auf, zwischen den Organisationsformen sorgfältig die größtmögliche Umsetzungsfreiheit der örtlichen Ziele abzuwägen. Beigeordneter Herr Kähler erläutert, dass eine zweifelsfreie Trägerzuordnung über die bewilligte Leistung für den Bürger erkennbar sein müsse (s. Urteil des Bundesverfassungsgerichts). Herr Richter hingegen vertritt die Auffassung, dass gemeinsame Zielvereinbarungen trotzdem möglich seien. Vorsitzender Herr Garbrecht weist darauf hin, dass die erfolgreiche Arbeit der Arbeitsplus in Bielefeld GmbH auch auf die intensive Begleitung durch den SGA zurückzuführen sei. Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der BA in einer gemeinsamen Einrichtung könne nicht umgesetzt werden, da Bundesziele immer höherrangig bewertet würden als kommunale Ziele.

Auf eine Frage von Frau Dr. Ober führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass das SGB II n.F. nicht mehr den örtlichen Gestaltungsrahmen biete wie bisher. In einer gemeinsamen Einrichtung sei der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen BA und Kommune daher unverzichtbar. Nach Aussagen von Herrn Richter sei beabsichtigt, mit allen Kommunen gründungsbegleitende Vereinbarungen abzuschließen, unabhängig davon ob ab 2012 eine alleinige kommunale Trägerschaft favorisiert werde.

Weitere Fragen der Ausschussmitglieder werden von Beigeordneten Herrn Kähler und Herrn Richter beantwortet.

Vorsitzender Herr Garbrecht stellt fest, dass die geführte Diskussion auch Bezüge zu TOP 2 enthalten habe.

1. Lesung -

Zu Punkt 2 **Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II: Antrag der Stadt Bielefeld auf Zulassung als kommunaler Träger gemäß § 6a SGB II zur Übernahme der Grundsicherung für Arbeitssuchende ab 01.01.2012.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1760/2009-2014

Über die unter Punkt 1 dargestellte Diskussion teilt Vorsitzender Herr Garbrecht mit, dass sich die Landtagsfraktionen NRW im Ausschuss für Arbeit, Integration und Soziales darauf geeinigt haben, dass Optionskommunen die Aufgabenwahrnehmung im SGB II auch als Anstalten des öffentlichen Rechts führen können.

1. Lesung -

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Sachstand nach der am 11.10.10 angeordneten tierschutzrechtlichen Fortnahme der elf -von Frau Grund Zander- gehaltenen Pferde**

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf die als Tischvorlage (**Anlage 1**) verteilte Mitteilung und erläutert die wesentlichen Punkte der zugrundeliegenden Maßnahme.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 5 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 6 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzender Herr Garbrecht stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Garbrecht
(Vorsitzender)

Krumme
(Schriftführerin)